AStA der J. W. Goethe-Uni Mertonstraße 26 - 28 60325 Frankfurt am Main

Studierendenschaft der Johann Wolfgang-Goethe-Universität
Körperschaft des Öffentlichen Rechts seit 1920

Vorstand:
Lukas Grotthaus
Mathilde Hennig
Safin Rahi
Manuel Paul

Studierendenhaus,
Mertonstraße 26-28
60325 Frankfurt am Main

Telefon (069) 798 –2 31 81
www.asta-frankfurt.de

Datum 16.11.2026

Frankfurt am Main, 16.11.2026

PM AStA GU Frankfurt: Ihr kürzt, wir kämpfen: Der AStA ruft zur Protestwoche gegen den autoritären Umbau der Goethe-Universität auf

Rund 60 Professuren sollten wegfallen, die Zahl der Fachbereiche von 16 auf sieben reduziert und Studienangebote gestrichen werden. Der AStA der Goethe-Universität ruft deshalb zu einer Protestwoche zwischen dem 23. und 27. November und einer studentischen Vollversammlung am 23. November um 12 Uhr im Festsaal des Casinogebäudes auf dem Campus Westend auf. Im Zentrum steht die Frage, wem die Universität gehört und wer über ihre Zukunft entscheidet.

Der AStA der Goethe-Universität Frankfurt organisiert eine Protestwoche gegen die geplanten Strukturreformen der Universitätsleitung. Der Entwurf des Präsidiums unter Universitätspräsident Enrico Schleiff sieht einen tiefgreifenden Umbau der Hochschule vor. Auch wenn der Entwurf im Senat abgelehnt wurde, zeigt er, was auf dem Spiel steht: Rund 60 Professuren könnten wegfallen, Studiengänge stehen vor dem Aus und weitere wissenschaftliche Bereiche sind in ihrer Zukunft ungewiss. Die Studierendenschaft ist wütend!

Die durch das Präsidium vorgeschlagenen Reformen sind keine bloßen Umstrukturierungen auf Verwaltungsebene. Sie würden stark in die inhaltliche Ausrichtung der Goethe-Universität eingreifen und die demokratische Selbstverwaltung der Universität weiter unterminieren. Tendenzen autoritären Umbaus vollziehen sich dabei nicht notwendigerweise durch die formale Abschaffung demokratischer Gremien, sondern können auch darin bestehen, dass demokratische Institutionen bestehen, während Entscheidungskompetenzen zunehmend zentralisiert und ihre tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Wo demokratische Selbstverwaltung nur noch nachträglich legitimieren darf, was andernorts bereits vorentschieden wurde, verliert sie ihre politische Substanz. Sie benötigt materielle Voraussetzungen: ausreichend finanzierte Fachbereiche, kontinuierliche Beschäftigungsverhältnisse, unabhängige Gremien und Ressourcen für die Beteiligung aller Statusgruppen. Werden diese Voraussetzungen systematisch geschwächt, wird demokratische Teilhabe nicht nur politisch eingeschränkt, sondern auch praktisch erschwert.

Aus der Zusammenlegung von 16 auf sieben Fachbereiche und Angliederung der Dekanate an das Präsidium ergäbe sich durch die Zentralisierung der Kompetenzen eine erhebliche Machtkonzentration im Präsidium. Ein solches Vorgehen passt nicht zu einer Universität, die sich die Verteidigung der Demokratie auf die

Fahnen schreibt und dementsprechend wissenschaftliche Selbstverwaltung ernst nehmen sollte. Wer die Struktur einer Universität verändert, darf nicht diejenigen übergehen, aus denen sie besteht: Studierende, Lehrende, Forschende und Arbeitende. Wir werden nicht akzeptieren, dass unsere Zukunft über unsere Köpfe hinweg entschieden wird.

Wenn Professuren und befristete Verträge im wissenschaftlichen Betrieb auslaufen und Stellen nicht verlängert oder nachbesetzt werden, verliert die Universität einen wesentlichen Teil ihrer wissenschaftlichen und personellen Substanz. Der Mittelbau trägt große Teile der Lehre, betreut Studierende und sichert kontinuierliche Forschungsarbeit. Sein Abbau gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sondern unmittelbar die Qualität von Studium, Lehre und Forschung. Gute wissenschaftliche Arbeit braucht Zeit, Kontinuität und ausfinanzierte Studien- und Beschäftigungsbedingungen – keine immer weiter ausgedünnten Strukturen.

Dabei geht es um mehr als die unmittelbaren Kürzungen. Es geht um die politische und gesellschaftliche Funktion von Wissenschaft. Die Reform steht im Kontext der Ausrichtung von Hochschulen an Effizienzkriterien und Wettbewerb. Der Hochschulpakt verschärft die finanzielle Lage, erklärt aber nicht allein die konkrete Ausgestaltung des Umbaus. Die Berufung auf finanzielle Sachzwänge darf nicht dazu dienen, politische Entscheidungen der demokratischen Aushandlung zu entziehen. Auch unter finanziellen Einschränkungen bleibt verhandelbar, welche Bereiche geschützt, welche Schwerpunkte gesetzt und wie Ressourcen verteilt werden. Wer diese Entscheidungen als alternativlos darstellt, entpolitisiert eine gesellschaftliche Verteilungsfrage und entzieht sie demokratischer Kontrolle. Während Forschungsfelder wie Künstliche Intelligenz, Machine Learning und Quantenmaterialien als Zukunftsschwerpunkte hervorgehoben werden, geraten etablierte Disziplinen und Studienangebote unter Kürzungsdruck. Eine solche Schwerpunktsetzung darf nicht dazu führen, dass Wissenschaft auf ihren wirtschaftlichen Nutzen reduziert wird. Gerade Geistes- und Sozialwissenschaften sind unverzichtbar, um gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu analysieren, demokratische Prozesse zu begleiten und bestehende Machtverhältnisse zu hinterfragen. Eine Universität muss unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven ermöglichen und darf akademische Bildung nicht auf die Anforderungen zukunftsträchtiger Arbeitsmärkte zuschneiden.

Auch im Senat stößt das Vorhaben auf erhebliche Kritik. Das Gremium erklärte das vorgelegte Rahmenkonzept in seiner jetzigen Form einstimmig für nicht zustimmungsfähig. Insbesondere die mangelnde Beteiligung der Fachbereiche, Beschäftigten und Studierenden wurde beanstandet. Damit ist der autoritäre Umbau der Universität aber nicht grundsätzlich vom Tisch. Für uns ist klar: Eine solche Reform darf nicht im bisherigen Modus fortgesetzt werden. Die Kritik an fehlender Beteiligung muss Konsequenzen haben. Die Hochschulleitung muss die Betroffenen endlich als gleichberechtigte Akteur*innen anerkennen und nicht erst dann einbeziehen, wenn die grundlegenden Entscheidungen bereits vorbereitet sind. Mit der Vollversammlung und der Protestwoche schafft der AStA einen Raum, um sich über die geplanten Veränderungen auszutauschen, Widerspruch zu organisieren und gemeinsam über weitere Protestformen zu entscheiden. Der Protest richtet sich ausdrücklich auch als Angebot an Lehrende und Beschäftigte.

Ein weiterer Grund für unseren Protest ist die zunehmende Militarisierung von Wissenschaft und Lehre. Wir sehen besorgt mit dem Blick nach Kassel, dass die Zivilklausel und der Anspruch, Forschung und Lehre friedlichen und zivilen Zwecken zu verpflichten, unter politischen und institutionellen Druck geraten könnten. Gerade in Zeiten zunehmender Aufrüstung muss die Universität ein Ort kritischer Wissenschaft bleiben und darf nicht zum Bestandteil militärischer Interessen werden. Wir stellen uns gegen eine Entwicklung, in der Ressourcen für Bildung und soziale Infrastruktur gekürzt werden, während militärische Logiken und Interessen an Einfluss gewinnen.

Der AStA fordert die Studierendenschaft, ihre Gremien und sämtliche Statusgruppen dazu auf, sich an den weiteren Beratungen zu beteiligen. Die beschlossenen Kürzungen und die damit verbundene inhaltliche Neuausrichtung sind dabei grundsätzlich infrage zu stellen, ebenso wie ihre Legitimierung durch den Sachzwang. Es braucht eine Universität, die demokratisch gestaltet wird, kritische Wissenschaft ermöglicht und Bildung als gesellschaftliche Aufgabe begreift – nicht als Instrument wirtschaftlicher Verwertung. Wir werden nicht schweigend dabei zusehen, wie unsere Universität umgebaut, ihre demokratischen Strukturen geschwächt und Wissenschaft und Forschung nur noch unter den Vorzeichen einer Kosten-Nutzen-Logik ohne jedes kritische Potenzial betrieben werden.

Ihr kürzt, wir kämpfen.
Für eine Uni, die uns allen gehört! Solidarisch lernen. Kritisch forschen. Gemeinsam verändern.

Europaweiter Jugendstreik: 20.11., Willy-Brandt-Platz, 10 Uhr

Protestwoche an der Goethe-Universität: 23.11.–27.11.

Studentische Vollversammlung: 23.11.2026, Goethe-Universität, Casino Festsaal, Campus Westend, 12–17 Uhr

Aktion zur Arbeits- und Sozialministerkonferenz: 02.12.2026, 17:30–19:30 Uhr, Kochbrunnenplatz, 65183 Wiesbaden

Pressekontakt:
AStA der Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: polbil@asta-frankfurt.de